

Beschluss (Ziffer 34 gegen die Stimmen der CSU und BAYERNPARTEI):

1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die dauerhafte Einrichtung von 5 Stellen (VZÄ) ab dem 01.01.2019 und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Das Stellenbesetzungsverfahren ist bereits frühzeitig vor dem 01.01.2019 anzustoßen.
3. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. bis zu 380.200 € ab dem Jahr 2019 und für die Folgejahre in den jeweiligen Haushaltsplanaufstellungsverfahren bei den Ansätzen der Personalauszahlungen anzumelden.
Das Produktkostenbudget erhöht sich um 380.200 € pro Jahr, davon ist der gesamte Betrag zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).
Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen (40% des JMB).
4. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen zusätzlichen konsumtiven Sachmittel i. H. v. bis zu 4.000 € ab dem Jahr 2019 und die befristet erforderlichen zusätzlichen konsumtiven Sachmittel i. H. v. bis zu 90.000 € für die Jahre 2019 und 2020 und i. H. v. bis zu 40.000 € für die Jahre 2019 bis 2022 im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellungsverfahren anzumelden.
5. Das Produktbudget des Produkts Straßenverkehr (P35122300) erhöht sich für 2019 und die Folgejahre entsprechend.
6. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die einmalig erforderlichen zusätzlichen investiven Sachkosten in Höhe von 11.850 € für den Haushalt 2019 anzumelden.
7. Das Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) 2018 - 2022 des Kreisverwaltungsreferates wird wie folgt angepasst:

Investitionsliste 1

Investitionsgruppe

Kenn-Nr. 1100.9330

		Gesamt- kosten	2018	2019	2020	2021	2022	2023 ff
	B	3.473	2.077	250	429	239	239	239
alt	G	0						
	Z	0						
	B	3.485	2.077	262	429	239	239	239
neu	G	0						

8. Das Baureferat wird gebeten, den zusätzlichen Personal- und Mittelbedarf zu konkretisieren, mit dem Personal- und Organisationsreferat bzw. der Stadtkämmerei abzustimmen und im Rahmen der kommenden Eckdatenbeschlüsse bzw. zum Mehrjahresinvestitionsprogramm anzumelden.
9. Das Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik wird beauftragt, noch in 2019 im Benehmen mit dem Kreisverwaltungsreferat die für die Bereitstellung der Software nötigen Arbeitsschritte zu erbringen.
10. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die Personal- und Sachkosten für die 2. Stufe der Umsetzung des Verkehrssicherheitskonzepts gemäß Punkt 2.3 und Punkt 3.1.2 des Vortrags des Referenten im Eckdatenbeschluss 2019 für das Haushaltsjahr 2020 zu beantragen und in der Folge einen Beschluss zur Umsetzung der 2. Stufe in 2019 vorzulegen.
11. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt die Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit für mehr Verkehrssicherheit in der 2. Stufe des Umsetzungskonzeptes vorzuschlagen. Dabei soll die Thematisierung der Rücksichtnahme im Straßenverkehr eine zentrale Rolle spielen. Der Antrag Nr. 08-14 / A 04200 „Miteinander mobil in München: Kampagne für mehr Rücksicht im Straßenverkehr erhöht die Verkehrssicherheit“ von Herrn Stadtrat Ingo Mittermaier, Frau Stadträtin Heide Rieke, Herrn Stadtrat Nikolaus Gradl und Frau Stadträtin Ulrike Boesser vom 24.04.2013 ist damit abschließend behandelt.
12. Der Antrag Nr. 08-14 / A 04234 „Radlhauptstadt 2.0, III. Kommunikation und mehr Sicherheit für den Radverkehr!“ von DIE GRÜNEN/RL-Fraktion vom 07.05.2013 ist gemäß Punkt 4 des Vortrags des Referenten abschließend

behandelt.

13. Die Wirkung von Trixi-Spiegeln auf die Verkehrssicherheit wird im Rahmen eines Pilotversuchs untersucht. Hierzu wird in 2019 vom Kreisverwaltungsreferat ein Auftrag an einen externen Dienstleister vergeben. Das Baureferat wird gebeten, den Versuch zu unterstützen. Dem Stadtrat wird über die Ergebnisse und Schlussfolgerungen berichtet. Der Antrag Nr. 08-14 / A 04440 „Schwere Radlerunfälle verhindern - Einsatz von „Trixi-Spiegeln in München prüfen“ von Herrn Stadtrat Josef Schmid und Herrn Stadtrat Dr. Georg Kronawitter vom 05.07.2013 ist damit abschließend behandelt.
14. Eine Beteiligung am Tag der Verkehrssicherheit soll in das zu entwickelnde Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit für mehr Verkehrssicherheit eingebettet werden. Dabei soll ergebnisoffen geprüft werden, ob und inwieweit Aufwand und Nutzen einer Beteiligung im Sinne des Gesamtvorhabens und in Abwägung alternativen Ressourceneinsatzes Sinn machen. Der Antrag Nr. 14-20 / B 00161 „Beteiligung am Tag der Verkehrssicherheit.“ des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 05 – Au-Haidhausen vom 25.06.2014 ist damit abschließend behandelt.
15. Die Information von Fußgängern über Grün- und Schutzzeiten an Münchens Ampeln und Aufklärung über das richtige Verhalten bei der Überquerung soll in die Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit für mehr Verkehrssicherheit integriert werden. Der Antrag Nr. 14-20 / A 00492 „Aufklärungskampagne über die Grün- und Schutzzeiten für Fußgänger an Ampeln“ von Frau Stadträtin Beatrix Zurek, Herrn Stadtrat Cumali Naz, Herrn Stadtrat Helmut Schmid, Frau Stadträtin Julia Schönfeld-Knor, Herrn Stadtrat Christian Vorländer vom 26.11.2014 ist damit abschließend behandelt.
16. Das Anliegen der Entwicklung und Umsetzung einer Aufklärungsaktion „Gscheit miteinander“ zum richtigen Verhalten im Straßenverkehr soll in die Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit für mehr Verkehrssicherheit integriert werden. Dabei soll das richtige Verhalten im Straßenverkehr im Vordergrund stehen. Wie die Aktion am Ende konkret benannt wird, wird vom Kreisverwaltungsreferat aus fachlichen Erwägungen heraus entschieden. Die Empfehlung-Nr. 14-20 / E 00415 „Aufklärungsaktion

- 'Gscheit miteinander'" der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 8 – Schwanthalerhöhe vom 21.04.2015 ist damit abschließend behandelt.
17. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern an Kreuzungen mit einer erhöhten Anzahl von Abbiegeunfällen zu verbessern. Dem Antrag Nr.14-20 / A 02135 „Radwegsicherheit erhöhen I – Abbiegeunfälle verhindern“ der ÖDP vom 18.05.2016 wird gemäß den Ausführungen des Punktes 1.2.3.3 des Vortrags des Referenten entsprochen. Er ist damit abschließend behandelt.
 18. Das Kreisverwaltungsreferat entwickelt Maßnahmen zum besseren Verständnis der Verkehrssituation aller Verkehrsteilnehmer. Ob dies im Zuge der Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit für mehr Verkehrssicherheit oder im Rahmen der Nachfolgeaktivitäten der ehemaligen Radlhauptstadtkampagne geschieht, entscheidet das Kreisverwaltungsreferat aufgrund fachlicher Erwägungen. Der Antrag Nr. 14-20 / A 02137 „Radwegsicherheit erhöhen III – Öffentlichkeitsarbeit verstärken“ der ÖDP vom 18.05.2016 ist damit abschließend behandelt.
 19. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, gemeinsam mit weiteren Institutionen eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu entwickeln, um PKW- und LKW-Fahrer, aber auch Radfahrer auf die Gefahren durch abbiegende PKW und LKW aufmerksam zu machen. Ob dies im Zuge der Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit für mehr Verkehrssicherheit oder im Rahmen der Nachfolgeaktivitäten der ehemaligen Radlhauptstadtkampagne geschieht, entscheidet das Kreisverwaltungsreferat aufgrund fachlicher Erwägungen. Der Antrag Nr. 14-20 / A 02159 „Radwegsicherheit erhöhen V – Kampagne zu Abbiegegefahren“ der ÖDP vom 01.06.2016 ist damit abschließend behandelt.
 20. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, im Zuge der Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit für mehr Verkehrssicherheit eine Initiative in der Fußgängerzone durchzuführen, die sich an dem Projekt „Geh weida, steig ab!“ der Stadt Weilheim orientiert und Radfahrer dazu anregen soll, bei der Querung der Fußgängerzone abzustiegen und ihr Fahrrad den kurzen Weg zu schieben. Der Antrag Nr. 14-20 / A 02369 „Geh weida, steig ab !“ von Herrn Stadtrat Manuel Pretzl und

Herrn Stadtrat Richard Quaas vom 01.08.2016 ist damit abschließend behandelt.

21. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, im Zuge der Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit für mehr Verkehrssicherheit eine Kampagne zu „Dooring“, dem sogenannten „Holländischen Griff“ durchzuführen. Die Ergebnisse werden erfasst und dem Stadtrat vorgelegt. **Zielgruppen sind insbesondere Fahrschulen und Berufskraftfahrende.** Der Antrag Nr. 14-20 / A 02729 „2017 feiert München das 200-jährige Fahrradjubiläum mit der Kampagne Dooring“ der Fraktion Freiheitsrechte Transparenz Bürgerbeteiligung vom 12.12.2016 ist damit abschließend behandelt.
22. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 02769 „Menschen sterben auf Münchens Straßen - Endlich ausreichende Maßnahmen zur Sicherheit von Fußgänger*innen und Radler*innen umsetzen“ wird gemäß Punkt 1.2.3 des Vortrags des Referenten entsprochen. Der Antrag von Frau Stadträtin Sonja Haider vom 28.12.2016 ist damit abschließend behandelt.
23. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 03086 „Radwegsicherheit VI – Tote und Schwerverletzte auf Münchens Straßen sind vermeidbar - ‚Vision Zero‘ als Ziel des Verkehrssicherheitskonzepts“ der ÖDP vom 10.05.2017 wird entsprochen. Er ist damit abschließend behandelt.
24. Von der Antwort der Polizei auf Nachfrage des Kreisverwaltungsreferates, dass es bei den einzelnen Dienststellen des Polizeipräsidiums München bereits Beamte gibt, die regelmäßig Fahrradstreife fahren, wird gemäß Punkt 5 des Vortrags des Referenten Kenntnis genommen. Der Antrag Nr. 14-20 / A 03087 „Radwegsicherheit VII – Einrichtung einer Fahrradstaffel der Münchner Polizei“ der ÖDP vom 10.05.2017 ist damit abschließend behandelt.
25. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich beim Deutschen Städtetag und dem Bundesverkehrsministerium in geeigneter Form für die gesetzliche Förderung von Abbiege-Assistenzsystemen von LKW einzusetzen. Der Antrag Nr. 14-20 / A 03089 „Radwegsicherheit IX – Technische Abbiege-Assistenzsysteme für LKWs gesetzlich vorschreiben - Nie mehr toter Winkel !“ der ÖDP vom 10.05.2017 ist damit abschließend behandelt.

26. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, Informationen über die norwegische App „Trafikkagenten“ einzuholen und dann zu entscheiden, ob und in welcher Form diese App in München eingesetzt werden kann. Der Antrag Nr. 14-20 / A 03090 „Radwegsicherheit X – Rad- (und Fuß-)wegsicherheit - Verkehrsagent-App für Schulkinder“ der ÖDP vom 10.05.2017“ ist damit abschließend behandelt.
27. Die Kreuzungsbereiche, die als gefährlich bei der Umfrage von 02. bis 19. März der Polizei gemeldet wurden, werden auf Verbesserungsmaßnahmen zusammen mit der Polizei untersucht. Der Antrag Nr. 14-20 / A 03092 „Fahrradsicherheit geht alle an! Initiativen für mehr Sicherheit!“ von Frau Stadträtin Bettina Messinger, Herrn Stadtrat Dr. Ingo Mittermaier, Frau Stadträtin Kathrin Abele, Frau Stadträtin Heike Rieke, Frau Stadträtin Simone Burger, Herrn Stadtrat Jens Röver, Frau Stadträtin Verena Dietl, Herrn Stadtrat Klaus Peter Rupp, Herr Stadtrat Hans Dieter Kaplan, Frau Stadträtin Julia Schönfeld-Knor, Frau Stadträtin Renate Kürzdörfer, Herrn Stadtrat Helmut Schmid, Herrn Stadtrat Haimo Liebich, Frau Stadträtin Constanze Söllner-Schaar, Herrn Stadtrat Gerhard Mayer, Herrn Stadtrat Christian Vorländer und Herrn Stadtrat Cumali Naz vom 10.05.2017 ist damit abschließend behandelt.
28. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 03804 „Sicherheit im Straßenverkehr steigern“ von Frau Stadträtin Bettina Messinger, Herrn Stadtrat Christian Vorländer, Herrn Stadtrat Cumali Naz, Herrn Stadtrat Gerhard Mayer, Herrn Stadtrat Helmut Schmid, Frau Stadträtin Julia Schönfeld-Knor, Frau Stadträtin Kathrin Abele und Herrn Stadtrat Jens Röver vom 05.02.2018 wird entsprochen. Er ist damit abschließend behandelt.
29. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 04032 „Die Verwaltungsstelle für Schulwegsicherheit personell aufstocken“ der Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 27.04.2018 wird gemäß Punkt 3 des Vortrags des Referenten und Punkt 2 des Antrags des Referenten entsprochen. Er ist damit abschließend behandelt.
30. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 04061 „Verpflichtende Einführung des Abbiegeassistenten“ der FDP - HUT Stadtratsfraktion vom 09.05.2018 wird gemäß der Punkte 13 und 25 des Antrags und Punkt 1.2.3 des Vortrags des Referenten entsprochen. Er ist damit abschließend behandelt.

31. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt im Einzelfall zu prüfen, inwieweit die Sicherheit für Radlerinnen und Radler an identifizierten gefährlichen Kreuzungen erhöht werden kann, indem Haltelinien für den Autoverkehr einige Meter rückversetzt werden. Der Antrag Nr. 14-20 / A 04076 „Radwegsicherheit XI: Besonders gefährliche Kreuzungen durch versetzte Haltelinien sicherer gestalten“ der ÖDP vom 15.05.2018 ist damit abschließend behandelt.
32. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, im Zuge der Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit für mehr Verkehrssicherheit auch das Thema des verbotswidrigen Gehwegparkens zu behandeln, lokale Maßnahmen zu begleiten und positive Effekte zu dokumentieren. **Zielgruppen der Öffentlichkeitsarbeit sind insbesondere Fahrschulen und Berufskraftfahrende.** Der Antrag Nr. 14-20 / A 04082 „Gehwege sind keine Parkplätze 2 – Umfassende Öffentlichkeitsarbeit zur allgemeinen Sensibilisierung und zur Begleitung der Maßnahmen“ der Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 15.05.2018 ist damit **bezüglich Punkt 1** abschließend behandelt. **Die Punkte 2 und 3 des Antrags bleiben aufgegriffen.**
33. **Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich beim deutschen Städtetag für die signifikante Erhöhung der Bußgelder für das Gehwegparken einzusetzen.**
34. **Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Polizeipräsidium München eine neue Vereinbarung zur Aufteilung der Verkehrsüberwachung beim Gehwegparken, mit dem Ziel einer Erweiterung der Zuständigkeitsbereiche für die kommunale Verkehrsüberwachung zu verhandeln.**
35. Dem Antrag Nr. 14- 20 / A 04088 „Vision Zero I - Entschärfung von Gefahrenpunkten“ von Herrn Stadtrat Manuel Pretzl, Frau Stadträtin Kristina Frank, Frau Stadträtin Dr. Evelyne Menges, Herrn Stadtrat Sebastian Schall, Herrn Stadtrat Johann Sauerer, Herrn Stadtrat Gerhard Mayer, Frau Stadträtin Kathrin Abele, Frau Stadträtin Bettina Messinger, Herrn Stadtrat Cumali Naz, Herrn Stadtrat Christian Vorländer vom 16.05.2018 wird gemäß Punkt 25 des Antrags des Referenten stattgegeben. Er ist damit abschließend behandelt.
36. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich über den deutschen Städtetag und

das Bundesverkehrsministerium für die signifikante Erhöhung der Bußgelder für das Einfahren in eine Kreuzung ohne freie Fahrt einzusetzen. Vom Anbringen von gesonderten Hinweisschildern wird aus Gründen der Übersichtlichkeit abgesehen. Alternativ wird das Kreisverwaltungsreferat beauftragt, im Zuge der Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit für mehr Verkehrssicherheit auch das Thema des verbotswidrigen Einfahrens in Kreuzungsbereiche ohne freie Fahrt zu adressieren. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 04090 „Vision Zero III - Einfahren in Kreuzungsbereiche: Bußgeldkatalog anpassen“ von Herrn Stadtrat Manuel Pretzl, Frau Stadträtin Kristina Frank, Frau Stadträtin Dr. Evelyne Menges, Herrn Stadtrat Sebastian Schall, Herrn Stadtrat Johann Sauerer, Herrn Stadtrat Thomas Schmid, Herrn Stadtrat Dr. Reinhold Babor, Frau Stadträtin Sabine Bär, Herrn Stadtrat Gerhard Mayer, Frau Stadträtin Kathrin Abele, Frau Stadträtin Bettina Messinger, Herrn Stadtrat Cumali Naz, Herrn Stadtrat Christian Vorländer, Herrn Stadtrat Jens Röver, Frau Stadträtin Julia Schönfeld-Knor und Herrn Stadtrat Helmut Schmid vom 16.05.2018 wird nach dieser Maßgabe entsprochen. Er ist damit abschließend behandelt.

37. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 04091 „Vision Zero IV – Abbiege-Assistenzsysteme verpflichtend einfördern“ von Herrn Stadtrat Manuel Pretzl, Frau Stadträtin Kristina Frank, Frau Stadträtin Dr. Evelyne Menges, Herrn Stadtrat Sebastian Schall, Herrn Stadtrat Johann Sauerer, Herrn Stadtrat Thomas Schmid, Herrn Stadtrat Dr. Reinhold Babor, Frau Stadträtin Sabine Bär, Herrn Stadtrat Gerhard Mayer, Frau Stadträtin Kathrin Abele, Frau Stadträtin Bettina Messinger, Herrn Stadtrat Cumali Naz, Herrn Stadtrat Christian Vorländer, Herrn Stadtrat Jens Röver, Frau Stadträtin Julia Schönfeld-Knor und Herrn Stadtrat Helmut Schmid vom 16.05.2018 wird gemäß Punkt 25 des Antrags des Referenten stattgegeben. Er ist damit abschließend behandelt.
38. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, auf die städtischen Referate und Beteiligungsunternehmen mit dem Ziel zuzugehen, sukzessive für alle Lastkraftwagen und Busse der Landeshauptstadt München und der städtischen Beteiligungsunternehmen bei Neuanschaffungen und durch Nachrüstungen alter Fahrzeuge Abbiegeassistenten einzuführen. Es wird darüber hinaus beauftragt zu prüfen, inwieweit an Gefahrenkreuzungen die

Ampelschaltungen zumindest probeweise so verändert werden können, dass bei Grünphasen für Fahrräder für alle Kraftfahrzeuge auf Rot geschaltet wird. Damit und mit Verweis auf Punkt 25 des Antrags des Referenten wird dem Antrag Nr. 14-20 /

A 04094 „Vision Zero: Maßnahmen gegen tödliche Abbiegeunfälle“ der Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 16.05.2018 stattgegeben. Er ist damit abschließend behandelt.

39. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, gemäß der Richtlinie zur Sicherung von Arbeitsstellen (RSA 95) geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern im Umfeld von Baustellen sicherzustellen. Umleitungen sollen zeitnah eingerichtet und so gestaltet werden, dass sie für Radfahrer nach Möglichkeit nicht nachteilig sind. Die Baustelleneinrichtungen sollen auf ordnungsgemäße Beschilderung und gefahrlose Umfahrbarkeit geprüft werden. Im Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2020 sollen die unter Punkt 1.2.4 des Vortrags des Referenten begründeten und unter Punkt 2.3 vorgesehenen Personalmittel für die als notwendig betrachteten 11 Stellen eines Baustellenkontrolldienstes angemeldet und im folgenden Umsetzungsbeschluss der 2. Stufe des Verkehrssicherheitskonzepts beantragt werden. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 02136 „Radwegsicherheit erhöhen II – Baustellen absichern“ der ÖDP vom 18.05.2016 wird stattgegeben. Er ist damit abschließend behandelt.
40. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 02236 „Radverkehrsführung an Baustellen überprüfen“ von Frau Stadträtin Bettina Messinger, Frau Stadträtin Kathrin Abele, Herrn Stadtrat Christian Amlong, Frau Stadträtin Simone Burger, Frau Stadträtin Verena Dietl und Frau Stadträtin Dr. Constanze Söllner-Schaar vom 22.06.2016 wird gemäß Punkt 37 des Antrags des Referenten stattgegeben. Er ist damit abschließend behandelt.
41. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 02658 „Fortschreibung Grundsatzbeschluss Radverkehr 2017 VIII, Baustellen im öffentlichen Raum zuverlässig kontrollieren“ der Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 18.11.2016 wird gemäß dem Punkt 37 des Antrags des Referenten stattgegeben. Unter Nutzung welcher Verkehrsmittel das Baustellenkontrollteam eines Tages im Einsatz ist, entscheidet das Kreisverwaltungsreferat in Abwägung fachlicher Aspekte. Der

Antrag ist damit abschließend behandelt.

42. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 03537 „Sicherheit des Rad- und Fußverkehrs an Baustellen hat Vorrang“ der Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 27.10.2017 wird nach Maßgabe des Antragspunkts 37 des Referenten stattgegeben. Er ist damit abschließend behandelt.
43. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 04092 „Radwegsicherheit XIII: Radverkehrsumleitung an Baustellen Friedenheimer Brücke als best practice“ der ÖDP vom 16.05.2018 wird nach Maßgabe des Antragspunkts 37 des Referenten stattgegeben. Er ist damit abschließend behandelt.
44. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, weiterhin im Rahmen sorgfältiger Einzelfallprüfungen und auf der Grundlage der geltenden Richtlinien der StVO und den geltenden Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010) die jeweils beste verkehrliche Führung für den Radverkehr zu entwickeln und festzulegen. Im Rahmen von Pilotversuchen soll aber darüber hinaus geprüft werden, ob sogenannte „Protected Bikelanes“ (baulich abgegrenzte Fahrradspuren) einen Mehrwert bei Verkehrssicherheit und Akzeptanz der Verkehrsteilnehmer bieten. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 04413 „Radwegsicherheit erhöhen XVII – Greenpeace-Studie ernst nehmen und sichere, abgetrennte Radwege auf Münchens Straßen realisieren“ der ÖDP vom 31.08.2018 wird nach Maßgabe der Ausführungen entsprochen. Er ist damit abschließend behandelt.
- 45. Bei Verkehrsunfällen mit Schwerstverletzten bzw. Todesfolge wird dem Stadtrat jährlich dargelegt, welche Maßnahmen zur Vermeidung an dieser Stelle umgesetzt wurden.**
- 46. Zur Verbesserung der Datengrundlage werden Daten zu Verkehrsunfällen auch bei Versicherungsunternehmen angefragt.**
47. Der Beschluss unterliegt für die Ziffern 2.1 (1,0 VZÄ Gesamtkoordination) und 2.2 (1,0 VZÄ SB örtliche Unfallanalyse) im Vortrag des Referenten der Beschlussvollzugskontrolle.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrats.